

Angemessene Förderung sicherstellen. Fossile Kostenfallen vermeiden: Impulse zum neuen Gebäudemodernisierungsgesetz

CDU/CSU und SPD haben ein „Eckpunktepapier zum neuen Gebäudemodernisierungsgesetz“ vorgelegt. Wesentliche Änderungen gegenüber dem geltenden Gebäudeenergiegesetz sind:

- Die Abschaffung der sogenannten 65-Prozent-Vorgabe für erneuerbare Energien bei neuen Heizungen.
- Die Streichung des vorgesehenen Ausstiegs aus fossilen Heizungen bis 2045.
- Die Einführung einer Grüngas- und Grünölquote für bestehende fossile Heizungen sowie eine sogenannte Bio-Treppe für neue Öl- und Gasheizungen.
- Die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) soll bis 2029 „auskömmlich“ finanziert werden.

Wir begrüßen, dass mit den Eckpunkten eine konkrete Diskussionsgrundlage für eine praxisnahe Umsetzung der Wärmewende vorliegt. Klare Leitplanken sind Voraussetzung für mehr Planungssicherheit bei Hausbesitzern, Handwerk und Industrie.

Die Wärmepumpe war 2025 im Neubau wie im Bestand die beliebteste Heizung in Deutschland. Laut dem Bundesverband der deutschen Heizungsindustrie (BDH) stieg der Absatz von Wärmepumpen 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 55 % auf 299.000 Geräte. Gleichzeitig brach der Verkauf von Gasheizungen um 36%, bei Ölheizungen sogar um 71% ein.

Entscheidend für den Wärmepumpen-Absatz sind folgende Argumente:

1. **Technologische Überlegenheit:** Die Wärmepumpe gilt als effizienteste Heizung. Sie heizt vier- bis fünfmal so effizient wie eine moderne Gas- oder Ölheizung und lässt sich in ein elektrifiziertes Haus optimal einbinden.
2. **Geringere Heizkosten:** Im Altbau sparen Eigentümer mit einer modernen Wärmepumpe jedes Jahr mehrere Hundert Euro bei den Betriebskosten gegenüber einer modernen Gasheizung.
3. **Attraktive Förderung:** Eigentümer haben mittlerweile verstanden, dass sich dank der staatlichen Förderung eine Wärmepumpe schon nach wenigen Jahren gegenüber einer Gasheizung rechnet.
4. **Steigende CO₂-Kosten für fossiles Heizen:** Mit dem europäischen Emissionshandel ETS2 werden die Kosten für fossiles Heizen in den kommenden Jahren deutlich steigen.

Das Eckpunktepapier ändert zwar wenig an den ökonomischen und technologischen Argumenten für die Wärmepumpe. Es setzt jedoch ein politisches Signal, das die erreichte Dynamik gefährden könnte, indem es die Türe für fossiles Heizen weit aufstößt.

Ausgerechnet jetzt, da sich die Wärmepumpe als neuer Standard in Deutschland im Alt- und Neubau etabliert, sät das Eckpunktepapier wieder Zweifel am eingeschlagenen Weg. Daher kommen wir in unserer Bewertung der Eckpunkte zu folgendem Ergebnis:

Der Vorschlag gefährdet Verbraucher, Planungssicherheit, Klimaziele und politische Glaubwürdigkeit.

Die Abschaffung der sogenannten 65-Prozent-Vorgabe für erneuerbare Energien und die Einführung der sogenannten Bio-Treppe werden zu einer [Verfehlung der Klimaziele](#) führen. Durch das geringe Ambitionsniveau (10% Beimischung grüner Gase) ist dies kein adäquater Ersatz für die 65-Prozent-Vorgabe. Wahrscheinlich ist, dass Bio-Treppe und Grüngasquote Menschen dazu anreizen, sich nochmals für eine fossile Heizung zu entscheiden – und damit für eine Kostenfalle:

- **Kosten der "Grüngas-Lösung":** Biogenes und synthetisches Gas sind aufgrund energie- oder flächenintensiver Herstellungsprozesse strukturell teuer und knapp. Für Haushalte würden die Gaspreise durch die Quote – je nach Ausgestaltung – drastisch steigen. Schon heute sind Gaskunden mit einer Biogasbeimischung ein Viertel teurer als rein fossile Tarife.
- **Steigende CO₂-Kosten:** Fossile Energieträger werden durch einen weiter steigenden CO₂-Preis in den nächsten 20 Jahren deutlich teurer.
- **Steigende Gasnetzentgelte:** Mit sinkender Kundenzahl verteilen sich die Fixkosten der Gasnetze auf immer weniger Schultern. Dies führt zu steigenden Netzkosten für die verbleibenden Gaskunden.
- **Mieter tragen steigende Betriebskosten:** Vermieter haben jetzt keine Anreize mehr, auf klimafreundliches Heizen umzustellen. Sie setzen vor allem auf Wärmeerzeuger mit den geringsten Anschaffungskosten: Gasheizungen. Deren höhere Betriebskosten werden die Mieter tragen müssen.
- **Steigende Importabhängigkeit:** Jede neue Öl- und Gasheizung erhöht die Abhängigkeit von fossilen und perspektivisch von sogenannten grünen Gasen aus globalen Krisenregionen.

Wir fordern klar dazu auf, nicht noch mehr Verbraucher in die Kostenfalle laufen zu lassen.

Wir haben 2023 gesehen, wie sich uninformierte Verbraucher - getrieben von medialen Kampagnen gegen die Wärmepumpe - wieder für Gas- und Ölheizungen entschieden haben. Diese Menschen werden aus oben genannten Gründen in den kommenden Jahren mit hohen Heizkosten zu kämpfen haben.

Unsere Impulse: Förderung stabilisieren. Beratung etablieren:

Mit der Einführung von Bio-Treppe und Grüngasquote droht der positive Trend der Wärmewende im Gebäudesektor ausgebremst zu werden. Statt Planungssicherheit für klimafreundliche Technologien zu schaffen, könnte dies faktisch einem Konjunkturprogramm für fossile Heizungen gleichkommen. Mit finanziellen Konsequenzen für den Eigenheimbesitzer.

Vor diesem Hintergrund möchten für die Ausgestaltung des Gebäudemodernisierungsgesetz folgende Impulse einbringen:

- **Beratungspflicht beibehalten:** Hausbesitzer treffen mit der Wahl einer neuen Heizung eine Investitionsentscheidung für 20 Jahre und länger. Damit diese Entscheidung für sie wirtschaftlich ist, brauchen sie verlässliche Informationen. Faktoren wie CO₂-Preis, Netzentgelte, Förderbedingungen, und Energiepreisentwicklung beeinflussen die Gesamtkosten einer Heizung erheblich. Für viele Eigentümer ist diese Entwicklung schwer einschätzbar. Die Beratung ist somit keine Einschränkung der persönlichen Freiheit, sondern eine Hilfestellung, um eine wirtschaftlich tragfähige Entscheidung treffen zu können. Die Beratungspflicht sollte im neuen GMG daher beibehalten und verständlich, technologieoffen und unabhängig ausgestaltet werden.
- **Förderung bis 2029 praxisnah ausgestalten:** Die Eckpunkte konkretisieren nicht, was eine „auskömmliche Finanzierung“ bedeutet. Klar ist allerdings: die Anschaffungskosten für eine Wärmepumpe sind oft noch sehr hoch. Planbare Förderbedingungen und Finanzierungsmittel, die das aktuelle Niveau beibehalten, sind daher entscheidend, um Investitionen weiter anzukurbeln und die Wärmewende weiter zu beschleunigen. Durch den Wegfall der 65-Prozent-Vorgabe ist die Förderung jetzt das wichtigste Argument, auf Wärmepumpen/klimaneutrales Heizen zu setzen. Denn mit der Förderung rechnet sich eine Wärmepumpe gegenüber einer Gasheizung in der Vollkostenrechnung schon nach wenigen Jahren. Mit jedem Förderprozent weniger verlängert sich allerdings die Amortisationszeit der Wärmepumpe gegenüber einer Gasheizung um ca. ein Jahr.

Gleichzeitig ist eine Weiterentwicklung des Förderprogramms angesichts sich ändernder politischer Rahmenbedingungen angebracht. Um ein Abreißen des Marktaufwuchses oder vorgezogene Nachfragepeaks zu vermeiden, sollten Förderkonditionen nur graduell und unter langfristiger Ankündigung geändert werden. Konkret schlagen wir vor:

- a) **Jährliche Absenkung der Förderung um 2,5 Prozentpunkte** auf einem transparenten, planbaren Zeitpfad; bevorzugt durch Anpassung des Klimageschwindigkeits- oder Effizienzbonus.
- b) Die **Grundförderung sollte bis auf weiteres auf dem aktuellen Niveau** erhalten bleiben. Da sie unabhängig von der Selbstnutzung gewährt wird, kommt sie auch vermietetem Wohnraum (und somit über die Modernisierungsumlage auch Mietenden) zugute.
- c) Auch der **Einkommensbonus sollte grundsätzlich in der bisherigen Höhe (30%)** fortgeführt werden.

Eine stärkere Absenkung der Förderung wäre nur in Abhängigkeit von der Entwicklung staatlicher Strompreis-Bestandteile (insb. Stromsteuer und Netzentgelte) und der CO₂-Abgabe möglich, ohne die Nachfrage nach Wärmepumpen zu beeinträchtigen.

Es muss allen politischen Akteuren klar sein: Ein wieder steigender Absatz von Gas- und Ölheizungen wäre eine Katastrophe für die Verbraucher, die Industrie, die Klimaziele und die Politik.

- Verbraucher müssten mit enormen Heizkosten rechnen.
- Die Industrie würde ihre Transformation ausbremsen.
- Deutschland müsste seine Klimaziele für den Gebäudesektor kassieren.
- Die Importabhängigkeit von Öl und Gas würde weiter ansteigen.
- Die Politik wäre für all das verantwortlich.

Kontakt

Dr. Richard Lucht,
Vice President Brand, Communications & Public Affairs
richard.lucht@thermondo.de

Lars Petereit,
Public Affairs Expert
lars.petereit@thermondo.de